

Im Blickpunkt: Die Stadt Cuxhaven ringt um ihre Entschuldung

Bedingungen liegen auf dem Tisch

Entwurf für eine Finanzhilfvereinbarung mit dem Land im Fachausschuss vorgestellt – am Donnerstag soll der Rat entscheiden

VON KAI KOPPE

CUXHAVEN. Zwischen Rathaus und Innenministerium waren in den vergangenen Wochen beinahe tagtäglich die Drähte heiß gelaufen. Resultat: Der lang erwartete Entschuldungshilfvertrag nimmt endlich Konturen an. In der Finanzausschusssitzung am Montag stellte die Verwaltungsspitze erstmals einen Entwurf der sogenannten „Stabilisierungsvereinbarung“ vor. Hinter dem sperrigen Titel verbarg sich Bekanntes – und die ein oder andere Überraschung.

Dass es die im Vertrag zugesagte Finanzspritze (187,5 Millionen Euro zur Teil-Tilgung der Alt-schulden) nicht umsonst gibt, haben Politik und Verwaltung immer wieder betont: So enthält der Vertragsentwurf dann auch die Forderung, den jährlichen Haushaltsfehlbetrag von 2018 an jeweils um sieben Millionen Euro zu senken. Die Stadtkämmerei legt vorsichtshalber noch eine Schippe drauf: Um 7,5 Millionen Euro soll das Minus im Jahresbudget schrumpfen. Erreicht werden soll das über eine Bettensteuer und Mehreinnahmen bei der Grund- sowie bei der Gewerbesteuer. Positiv wirkt sich darüber hinaus aus, dass der Landkreis mehr zur Kindergartenfinanzierung beisteuert und einige Sparmaßnahmen wirken. Die Umstrittenste ist die Zusammenlegung von Stadtbibliothek und -archiv, der die SPD in der Sitzung am Montag zähneknirschend zustimmte. „Das wird von uns akzeptiert“, sagte Ratsfraktionsvize Gunnar Wegener, knüpfte an ein „Ja“ aber die Bedingung, dass die derzeitige Raumsituation der Bibliothek nicht eingeschränkt wird.

Kein Limit für Grundsteuer

Irritiert reagierte Wegener auf einen im Vertragsentwurf enthaltenen Passus zum Thema Steuern: Dass die Landesregierung darauf bestehe, dass die Hebesätze der Grundsteuer vor Ort künftig stets mindestens 116 Punkte über dem jährlich schwankenden Landesmittel liegen, habe man nicht gewusst, räumte Kämmerin Andrea



Einmal mehr geht es im Rathaus ums Geld, genauer gesagt um das Thema Entschuldung: Am vergangenen Montag hat die Stadtverwaltung den Entwurf für eine Stabilisierungsvereinbarung mit dem Land erstmals öffentlich vorgestellt. Am morgigen Donnerstag stimmt der Rat über das Papier ab.
Foto: dpa

Pospich ein. Die größte Überraschung, die der Vertragsentwurf aus Sicht vieler Ausschussmitglieder bereithält, ist allerdings der voraussichtliche Tilgungstermin: Als Datum, an dem die Entschuldungs-Millionen abrufbar sein sollen, nennt das Innenministerium den 2. Januar 2017. Sollten die übrigen zehn niedersächsischen Kommunen, die ebenfalls auf Geld warten, ihre Hausaufgaben eher gemacht haben, könnten die Mittel auch früher freigegeben werden, hat die Landesregierung offenbar in Richtung Cuxhaven signalisiert.

Dort hatte man in den vergangenen Monaten immer wieder da-

rauf hingewiesen, wie wichtig es sei, vorhandene Werte zu erhalten und – Sparzwang hin oder her – in die Infrastruktur, sprich: in Straßen, Brücken oder Gebäude zu investieren. In Hannover wurden solche Wünsche zunächst widerstrebend zur Kenntnis genommen: „Mit großen Augen“ sei die Cuxhavener Verhandlungsdelegation angeguckt worden, als sie das Thema Investitionen aufs Tapet gebracht habe, berichtete Pospich, die es als Erfolg wertet, dass es letztendlich zu folgendem „Deal“ kam: Über einen Zeitraum von zehn Jahren gerechnet erlaubt das Land der Stadt, sich mit maximal 15 Millionen Euro neu

zu verschulden, um dringende Projekte verwirklichen zu können. Wichtig: Die örtliche Politik soll selbst entscheiden können, wie hoch die jährlichen Einzelbeträge ausfallen und wofür sie verwendet werden.

Rest-Tilgung noch unklar

Mit dem Segen des Landes darf Cuxhaven nicht nur Geld in die Hand nehmen – tolerieren will Hannover auch eine gewisse Größenordnung von „Miesen“, die bis auf Weiteres unter dem Strich der künftigen Haushalte stehen bleiben. Finanzexperten nennen solche Fehlbeträge das strukturelle Defizit, das im Cuxhavener Fall ein jährliches Minus von 17,5 Millionen Euro nicht überschreiten darf.

Dass es gelungen ist, solche Spielräume zu vereinbaren, wertet Oberbürgermeister Ulrich Getsch einerseits positiv, in der Finanzausschusssitzung am Montag versuchte er andererseits gar nicht erst, eine gewisse Ernüchterung zu verbergen: „Das zeigt uns,

dass „wir noch lange nicht bei null sind“, sagte Getsch, der deswegen das nächste Etappenziel auf dem Entschuldungskurs bereits anvisiert hat: Auf einen Fehlbetrag „zwischen zehn und zwölf Millionen“ will Getsch das Jahresergebnis senken.

Was die bisher aufgelaufenen Schulden (circa 320 Millionen Euro) anbelangt, kann es nach der ersehnten Finanzspritze ebenfalls noch keine Entwarnung geben. Wie, wann und in welcher Form Cuxhaven den Rest-Tilgungsbetrag von 140 Millionen erhalten soll, steht nämlich noch nicht fest. Auf diese Frage habe die Landesregierung bislang noch keine Antwort gegeben, räumte die Stadtverwaltung ein. Oberbürgermeister Getsch versicherte, dass auch in diesem Punkt im Ministerium aktiv an einer Lösung gearbeitet werde. Aufgrund der derzeitigen Arbeitsbelastung (Stichwort: Flüchtlingsunterbringung) werde das letzte Wort darüber aber erst nach dem Jahreswechsel gesprochen.

Die wichtigsten Eckpunkte der Vereinbarung

187,5 Millionen Euro sind der Stadt Cuxhaven vom Land als „Stabilisierungshilfe“ in Aussicht gestellt worden. Gegenleistung ist eine dauerhafte Haushaltsverbesserung von sieben Millionen Euro ab 2018. Erreicht werden soll das durch Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer, über eine Bettensteuer, durch Senkung des Personal- und Sachaufwandes, Synergieeffekte (Fusion Stadtbibliothek/Stadtarchiv), durch eine Ausweitung des Kurbeitrages und durch eine Anhebung der vom Kreis gezahlten Kita-Zuschüsse.

Mehrheit erkennt „keinen anderen Weg“

Drei haben Bedenken, die übrigen Finanzausschuss-Mitglieder stimmen dem Vertragsentwurf zu

CUXHAVEN. „Wir werden den Vertrag zu 99,98 Prozent mittragen“ – das stellt die SPD-Fraktion mit Blick auf die bevorstehende Ratsitzung in Aussicht. Am Donnerstag müssen die Mandatsträger per Handzeichen signalisieren, was sie von der Stabilisierungsvereinbarung mit dem Land (s. Artikel oben) halten. Inhaltlich bekannten sie bereits am Montag im Finanzausschuss Farbe. Die „Ausgewogenheit“, die viele seiner Ratskollegen im sozialdemokratischen Lager loben, kann der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Thiemo Röhler zwar nicht in allen Details nachvollziehen, gleichwohl sichert auch er zu, dass seine Fraktion die „historische Entscheidung“ unterstützen wird. „Es gibt keinen anderen Weg“, sagte Röhler, der den Wirtschaftsbetrieben gerne die angekündigte Gewerbesteuererhöhung erspart hätte. „Was mich doch ein wenig überrascht, ist der Zeitpunkt der avisierten Zahlung“, fügte der CDU-Vorsitzende an die Adresse der Landesregierung gerichtet



» Die Anrufe in Hannover dürfen ab Donnerstag nicht abreißen.«

THIEMO RÖHLER, CDU-VORSITZENDER

hinzu. Bislang sei immer die Rede davon gewesen, dass die in Aussicht gestellte Finanzhilfe „da“ sei. Wenn das nicht der Fall sei, müsse die Stadtverwaltung umso mehr darauf achten, dass die versprochenen Millionen tatsächlich in der Stadt ankommen. „Die wöchentlichen und täglichen Anrufe in Hannover dürfen ab dem kommenden Donnerstag nicht abreißen“, wandte sich Röhler an den Oberbürgermeister – und bezog sich dabei in erster Linie auf die noch nicht ausdiskutierte Frage einer Rest-Entschuldung.

„So weit waren wir noch nie“, betonte der Grünen-Ratsfraktionsvorsitzende Bernd Jothe und erinnerte an vergebliche Entschuldungsbemühungen früherer

Jahre. Begrüßt hätte es Jothe allerdings, wenn die nun in greifbare Nähe gerückte Teil-Entschuldung parallel zum bereits vollzogenen Schuldenschnitt auf Kreisebene erfolgt wäre.

Die Mitglieder der Ratsgruppe „Die Cuxhavener“ können sich mit dem am Montag im Finanzausschuss präsentierten Verhandlungsergebnis nicht anfreunden. „Wir werden diesem Vorschlag am Donnerstag nicht folgen“, kündigte deren Sprecher Peter Altenburg an. Er stört sich nicht nur an dem sich möglicherweise auf 2017 verschiebenden Zahltag, sondern vor allem an den Modalitäten des Vertragsentwurfes. Warum man jetzt über einen Teil der Tilgungssumme verhandele, anstatt über ein Gesamtpaket (einschließlich der noch ausstehenden 140 Millionen Euro)? „Dann hätte man eine wirkliche Konsolidierung“, argumentierte Altenburg, aus dessen Sicht der nun vorgestellte Entschuldungshilfvertrag keine echte Entlastung ist: „Da wird nur das eine Bein, näm-



» Das ist ein Versuch, das eigentliche Problem um zehn Jahre zu verschieben.«

PETER ALTENBURG, „DIE CUXHAVENER“

lich die Kassenkredite, betrachtet.“ Das strukturelle Defizit würde hingegen außer Acht gelassen. „Das ist ein Versuch – nicht im Rathaus, sondern auf Landesebene – das eigentliche Problem um zehn Jahre zu verschieben“, resümierte der Ratsfraktionsvorsitzende. „Das ist ein Versuch, das eigentliche Problem um zehn Jahre zu verschieben“, resümierte der Ratsfraktionsvorsitzende.

Dass er der Vorlage nicht zustimmen werde, erklärte auch die Finanzausschussvorsitzende Volker Kosch (SPD), der sich der Stimme enthielt, als am Montag schon mal sein eigenes Fachgremium votierte. Kosch sorgt sich, dass der Rat „in zehn Jahren erneut über Gewerbesteuererhöhungen reden muss“ und vermisst den „großen Schnitt“ in Sachen Entschuldung. (kop)

Steueranstieg: Wirtschaft warnt erneut

CUXHAVEN. Es ist ein letzter verzweifelter Versuch: Vor der entscheidenden Ratssitzung am Donnerstag haben Kreishandwerkerschaft, Unternehmensverband und die Industrie- und Handelskammer nochmals in einem an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen gerichteten Brief davor gewarnt, die Gewerbesteuer in Cuxhaven zu erhöhen. Die Vertreter der Wirtschaft meinen, die Erhöhung verschaffe der Stadt einen „nicht mehr zu kompensierenden Wettbewerbsnachteil“. Die Steuererhöhung wird die Cuxhavener Unternehmen ab 2018 deutlich stärker belasten – die Steuerlast steigt um knapp elf Prozent.

Ein Fallbeispiel: Ein Betrieb, der in diesem Jahr einen Gewinn von 100 000 Euro verzeichnet und unter Berücksichtigung gewinnmindernder Verpflichtungen auf eine Gewerbesteuerlast von rund 14 500 Euro kommt, müsste nach den neuen Vorgaben rund 16 200 Euro bezahlen. (fw)